

marktpreise sich nicht auf die innerstaatlichen Preise übertragen.

Das Abschaffungserhebungsgesetz der DDR wurde auf der Grundlage des gleichlautenden Gesetzes der Bundesrepublik Deutschland sowie der entsprechenden Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse erarbeitet.

Mit dem durch dieses Gesetz eingeführten System der Abschöpfungen wird die billigere Drittlandware durch einen entsprechenden Aufschlag preislich auf das Niveau der Inlandserzeugnisse angehoben.

Die Höhe der einzelnen Abschöpfungssätze sowie die der Abschöpfungsregelung unterliegenden Waren werden in Abhängigkeit von der jeweiligen Marktlage innerhalb der EG durch die Kommissionen der Europäischen Gemeinschaft festgelegt.

Das vorliegende Gesetz sowie die bereits verabschiedeten einzelnen Marktordnungsregelungen übernehmen dieses System, räumen aber gleichzeitig dem Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft der DDR das Recht ein, bei entsprechender Marktlage autonome Festlegungen zu den Abschöpfungswaren und der Höhe der Abschöpfungssätze zu treffen.

Über den Umfang der Mittel, die aus dieser Regelung dem Staatshaushalt zufließen werden, lassen sich jetzt noch keine verbindlichen Aussagen treffen, da Erfahrungswerte mit diesem Schutzsystem in der DDR noch nicht vorliegen.

Das Abschöpfungserhebungsgesetz kommt für alle Einfuhren aus Drittländern zur Anwendung. Die Vertrauensschutz genießenden vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Ländern des RGW werden jedoch davon nicht berührt. Gegenüber den EG-Mitgliedsstaaten wird keine Abschöpfung eingeführt, soweit diese entsprechend verfahren. Dieses Verfahren beruht also gewissermaßen auf Gegenseitigkeit.

Bei Verstößen gegen das Marktordnungsrecht werden die für Zölle sowie Zollstrafataten und Zollordnungswidrigkeiten geltenden Vorschriften Anwendung finden. Somit sind die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen zu einer effektiven Durchsetzung des Marktordnungsrechts der DDR gegeben.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erbitte ich Ihre Zustimmung. Danke.

(Vereinzelt Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Ich danke schön, Herr Staatssekretär. Für die Aussprache war folgende Reihenfolge festgelegt: Fraktion der Liberalen, Fraktion Bündnis 90/Grüne, Fraktion DBD/DFD ...

Da war eine Anfrage an den Staatssekretär. Entschuldigung, das habe ich leider nicht gesehen. Sind Sie bereit, noch darauf einzugehen?

(Maaßen, Staatssekretär: Aber natürlich.)

Bitte schön.

#### **Dr. Botz (SPD):**

Herr Staatssekretär, eine inhaltliche Anfrage: Sie haben eben darauf hingewiesen, daß Sie noch nicht genau wissen, in welchem Umfang hier Mittel in den Staatshaushalt hineinkommen. Ich möchte das nur klarstellen. Es ist also nicht so, daß diese Abschöpfungsbeträge in die EG-Kasse gehen, sondern sie gehen in den DDR-Staatshaushalt?

#### **Maaßen, Staatssekretär im Ministerium für Finanzen:**

Wenn bei nächster Gelegenheit, sofern diese Beschlußfassung dann in 2. Lesung hier erfolgt ist, solche Abschöpfungen eintreten, dann kommen sie - und jetzt muß ich sagen: nach den gegenwärtigen Rechtsvorschriften - noch dem Haushalt der Deutschen Demokratischen Republik zugute. Bei späteren Rechtssetzungen würde dann der Fall eintreten, daß das sozusagen in die große EG-Kasse geht, wenn ich das mal so sagen darf. Aber gegenwärtig kommt das unserem Haushalt zugute.

Das möchte ich eindeutig so sagen. Nur, das ist im Moment - das hatte ich darzulegen versucht - einfach nicht zu quantifizieren, weil keine Erfahrungen vorliegen nach den Warengruppen aus dem Marktordnungsrecht - dort sind die einzelnen Warensortimente sehr spezifiziert -, welches Volumen an Einnahme da auftreten wird.

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Ich sehe keine weiteren Anfragen. Machen wir den zweiten Versuch. Ich darf noch einmal die Redereihenfolge nennen: Fraktion Die Liberalen, Fraktion Bündnis 90/Grüne, Fraktion DBD/DFD, Fraktion CDU/DA, Fraktion SPD, PDS und DSU.

Die Fraktion der Liberalen verzichtet in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit auf ihren Redebeitrag.

(Beifall bei CDU/DA)

Demzufolge beginnt die Aussprache mit der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Es spricht der Abgeordnete Jürgen Mäder.

#### **Mäder für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Verehrte Gäste! Abschöpfungen sind eine legitime Angelegenheit, um die Warenströme zwischen Staaten einigermaßen zu kontrollieren, zu regulieren, aber auch, um politischen Druck, wenn er sich wirtschaftlich äußert, auf Handels- und Produktionskonkurrenten auszuüben. Auch geht es bei Abschöpfungen, wenn man so will, um den Schutz einheimischer Produkte und Rechte.

Inhaltlich sind dem Gesetzentwurf keine Einwände entgegenzubringen. Es faßt ohnehin lediglich die schon bestehenden Regelungen zusammen und bestätigt die Verantwortlichkeit.

Eher wäre zu prüfen, welche genaueren Regelungen mit den im Gesetz erwähnten Rechtsgrundlagen verbunden sind und ob diese dem Interesse unserer Wirtschaft entsprechen, denn daß unsere Wirtschaft den Beistand aller benötigt, bedarf wohl keiner besonderen Unterstreichung.

Aus der Sicht der Landwirtschaft ergibt sich die Frage: Was soll denn abgeschöpft werden? Wie sieht die Zollerhebung für den Binnenmarkt und Agrarmarkt innerhalb der EG aus? Es zeichnet sich ab, daß die verkündeten Lizenzierungen und Kontingentierungen im innerdeutschen Handel völlig unterlaufen werden. Wir finden den Beweis dafür in unseren Verkaufseinstellungen des Handels, wo fast ausschließlich Produkte aus der BRD angeboten werden. Von einem chancengleichen Wettbewerb kann wohl kaum gesprochen werden. Dabei nimmt der Handel mit seinen praktizierten Preisaufschlägen auf eine Vielzahl der angebotenen Waren bis zu einer Höhe von 200 Prozent eine sehr negative Stellung ein. Durch den Boykott seitens des Handels gegenüber den Agrarprodukten unseres Landes kommt es zu Kurzarbeit und drohenden Konkursen in der Landwirtschaft.

Ein anderes Problem ist der Import von Millionen Tonnen Substituten und Futtermitteln in den europäischen Raum, also auch in unser Land, obgleich die Bauern nicht wissen, wie sie die anfallende Getreideernte vermarkten sollen. Hier sollte eine gründliche Abschöpfung dieser Importe erfolgen, um den Binnenmarkt zu stützen und zu schützen. Ansonsten wären Interventionskäufe, Überschußlagerung und Agrarsubvention die unausbleibliche Folge. Selbst die innereuropäische Landwirtschaft ist nicht in der Lage, ohne tiefgreifende Reformen die Probleme der Landnutzung, des Ressourcenschutzes und die sozialen Probleme zu lösen. Eine wirksame Kontrolle erscheint mir daher wichtiger als die Verordnung neuer Richtlinien.

Das Bündnis 90/Grüne stimmt dem Abschöpfungsgesetz zu und beantragt die Überweisung in den Wirtschaftsausschuß und in den Ausschuß für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(schwacher Beifall)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Danke schön. Als nächster spricht für die Fraktion der DBD/DFD der Abgeordnete Dr. Watzek.